

Was, wenn nichts mehr funktioniert?

Die Vorbereitung im Lauenburgischen für eine schwere Krise war das Thema beim 27. Salemer Dialog

VON THOMAS BILLER

SALEM. Pandemie, Krieg, Klimawandel: Sorgen und Ängste der Bevölkerung sind ernst zu nehmen. Der 27. Salemer Dialog fragte nach, wie sich der Kreis Herzogtum Lauenburg auf Versorgungskrisen vorbereitet hat.

Nicht nur beim Organisationsteam der Dialogreihe, sondern auch unter den Gästen herrschte Verwunderung, dass nicht mehr als 36 Gäste am späten Sonntagnachmittag für das Thema „Unruhige Zeiten – sind wir auf Notsituationen wirklich vorbereitet?“ den Weg ins Salemer Dorfgemeinschaftshaus gefunden hatten. Und dem Anschein nach hatte die Mehrheit der Besuchenden das 50. Lebensjahr überschritten. Dabei hatte das Podium, besetzt mit Landrat Dr. Christoph Mager, dem Fachberater Björn Albrecht vom THW Mölln, Pastor Jürgen Hensel – er ist Notfall- und Feuerwehrseelsorger im Kreis Herzogtum Lauenburg – und Salems Bürgermeister Herbert Schmidt, fachkundige Antworten auf die zahlreichen Publikumsfragen.

Die wichtigste Antwort: Ja, Es mache durchaus Sinn, in jedem Haushalt Vorräte für 14 Tage vorzuhalten, um sich bei Krisen eine Zeit lang selbst versorgen zu können. Dieser Zeitraum wurde angesetzt, da Experten davon ausgehen, dass spätestens dann die Versorgung wieder angelaufen ist.

Bislang wenig Vorratshaltung bei den Bürgern

Dialog-Moderatorin Gabriele Heise bat das Publikum um Handzeichen, wer den Empfehlungen zur Bevorratung bereits gefolgt sei. Unter den Wenigen war auch Bernhard Hub. Im Gespräch mit den LN sagte der Ratzeburger: „Die Gleichgültigkeit der Menschen ist schlimm. Ich war bei der Marine und halte Selbstverantwortung für wichtig.“ Neben den Lebensmittelvorräten halten



Salemer Dialog 27 mit Björn Albrecht (THW, v. l.), Landrat Dr. Christoph Mager, Pastor Jürgen Hensel, Bürgermeister Herbert Schmidt auf dem Podium und Moderatorin Gabriele Heise.

FOTOS: THOMAS BILLER

Hub und seine Frau auch ein Notstromaggregat vor und planen eine Photovoltaikanlage auf ihrem Hausdach.

Landrat Dr. Mager betonte, dass das Land, der Kreis und die Kommunen für die Vorsorge in Friedenszeiten zuständig sind, also für Katastrophen-Szenarien wie Zugunglücke, starke Schneefälle und Waldbrände beispielsweise. Eine Abgrenzung gebe es im Falle der zivilen Verteidigung (Krieg). Dann ist der Bund für die Einleitung einheitlicher Maßnahmen zuständig.

Der Landrat erklärte, dass es im Kreis „ein recht gut funktionierendes Sirennetz“ gebe, das mit einem Dauerton die Bevölkerung auffordern kann,

das Radio einzuschalten. Künftig soll es Beschallungskreise mit modernen Sirenen geben, die auch Durchsagen senden können. Für Smartphone-Besitzende empfahl Dr. Mager das Herunterladen der kostenlosen „Nina-Warn-App“, die über Push-Nachrichten auf lokale und regionale Warnungen aufmerksam macht.

„Ein Stück weit ist auch immer Mund-zu-Mund-Propaganda erforderlich“, sagte der Landrat und diese Botschaft wiederholte sich auf dem Podium. „Die größte Ressource ist, sich als Nachbarn gegenseitig zu helfen“, erklärte Bürgermeister Herbert Schmidt.

Als konkretes schlimmstes

Szenario, das auch aus dem Publikum nachgefragt wurde, gilt der mehrtägige Stromausfall. Nach Aussage des Landrats verfügt der Kreis über Notbrunnen, Vorräte und Treibstoffe. Auch sollen Lebensmittelgeschäfte weiter geöffnet bleiben, um Plünderungen zu vermeiden. Dennoch müsse „nach relativ kurzer Zeit“ auch mit Ansätzen von Anarchie gerechnet werden. Nur wenige Tankstellen könnten noch Treibstoffe anbieten, die vorrangig für Einsatz- und Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden. Auch hier appellierte Mager an die Selbstverantwortlichkeit für Eigenvorsorge und Eigenschutz.

Notfallstationen für ein Prozent der Bevölkerung

Der Kreis habe im Katastrophenfall – und dazu gehört ein flächendeckender Stromausfall – drei Prioritäten: Die Krankenhäuser müssen gesichert und versorgt werden. Notstromaggregate und Diesel müssen für 72 Stunden die autonome Versorgung garantieren. Die Pflegeeinrichtungen und Menschen, die in ihrer Wohnung mit Geräten versorgt werden müssen, sollen berücksichtigt werden und als dritte Stufe soll Menschen geholfen werden, die sich nicht

Hier gibt es den Ratgeber

Der kostenlose „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“ richtet sich an Privathaushalte und enthält zahlreiche Informationen und Empfehlungen. Auch Vorschläge für Vorratshaltung sind in ihm zu finden. Erhältlich ist er beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Postfach 1867, 53008 Bonn, Telefon 02 28/99 55 00, E-Mail info@bbk.bund.de

selbst versorgen können. Dafür gebe es mit Ratzeburger und Geesthacht zwei Standorte im Kreis, die schnell als Notfallstationen eingerichtet werden können. Insgesamt könnte so für etwa ein Prozent der Einwohnenden im Kreis – also 2000 Menschen – die Versorgung gesichert werden.

Da im Fall eines flächendeckenden Stromausfalls auch die Kommunikation weitgehend ausfällt, empfahlen die Experten, sich durch das Autoradio mit Informationen zu versorgen oder sich vorsorglich ein Kurbelradio anzuschaffen. Landrat Mager betonte, dass alle Gemeinden im Kreis Gelegenheit hatten, Fördermittel für Notstromaggregate für die Freiwilligen Feuerwehren zu beantragen. „Es ist wichtig, dass es Anlaufpunkte in den Gemeinden gibt“, sagte der Landrat. Die Gemeinden sollten „möglichst einen größeren Raum vorhalten, in dem sich Hilfsbedürftige aufhalten können“.

In kritischen Lagen müssen die Hilfs- und Einsatzkräfte im Lauenburgischen allein auskommen. „Wir haben keine Bundeswehr im Kreis und müssen selbst die Versorgungslogistik aufbauen. Aber wir können beschlagnahmen und Hilfskräfte verpflichten“, sagte Mager.



Bernhard Hub (66) setzt auf Selbstverantwortung.



Nützlich: Der Ratgeber für den Krisenfall vom BBK.